



Presseschau vom 16.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

wpered.su: G.A. Sjuganow: Der Sieg im Donbass ist eine Frage unseres historischen Überlebens!

Am 13. September hielt der Vorsitzende des Zentralkomitees der KPRF und Vorsitzende der KPRF-Fraktion in der Staatsduma, G.A. Sjuganow, eine Rede auf der ersten Sitzung der Herbstsitzungsperiode der Staatsduma. ...

<http://wpered.su/2022/09/16/g-a-sjuganow-der-sieg-im-donbass-ist-eine-frage-unseres-historischen-uberlebens/>

Timofei Bordatschew: Droht bei einer neuen bipolaren Weltordnung ein großer Krieg?

Die Versuche der USA sind gescheitert, die Weltgemeinschaft zum Einnehmen ihrer Position in Bezug auf die Ukraine zu zwingen. Der größere Teil der Welt ist nicht daran interessiert, in den Kampf zwischen Russland und dem Westen hineingezogen zu werden. ...

<https://kurz.rt.com/36xw> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Zwischen Jubel und Mobilisierung – Reaktionen zu Kiews "großem Sieg" bei Isjum

Nachdem im [ersten Teil](#) die realen Ereignisse um Isjum betrachtet wurden, geht es nun um die Reaktionen darauf. Im Westen wie im Osten. In den NATO-Staaten wird schon der Sieg der Ukraine gewittert, in Russland wird Eskalation gefordert, und Analytiker fordern bessere Kommunikation. (Teil 2) ...

<https://kurz.rt.com/36wk> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Das Institutionengeflecht von Blackrock & Co – RT DE im Interview mit Werner Rügemer

Im Interview mit RT DE klärt der Journalist und Sachbuchautor Dr. Werner Rügemer über die weltweiten Machenschaften der Investmentgesellschaft BlackRock auf, die mit einem Vermögen von mehr als zehn Billionen Dollar zu den größten Vermögensverwaltern der Welt gehört. Doch wie kam der Konzern zu seiner Macht, mit der er auch politische Entscheidungen beeinflusst? ...

<https://kurz.rt.com/36y7> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Wie vereitelt man die Angriffspläne Kiews bei Saporoschje?

Die ukrainischen Streitkräfte konzentrieren Truppen in der Nähe der Frontlinie bei Saporoschje. Militärexperten analysieren nun, in welche Richtung der nächste ukrainische Vorstoß erfolgen wird und wie ihn die russische Armee parieren kann. ...

<https://kurz.rt.com/370t> bzw. [hier](#)

Jewgeni Poddubny: Schmerzliche Erinnerung: Kiews Angriffe auf Zivilisten von der NATO gebilligt oder angeordnet

Wenn Kiew Zivilisten beschießt und sich am Zielort Raketenfragmente der Mehrfachwerfer MLRS und HIMARS finden, muss klar sein: Der Westen liefert GPS-geleitete "GMLRS"-Hochpräzisionsgeschosse und die Zielkoordinaten werden von NATO-Spezialisten überprüft.

...

<https://kurz.rt.com/36yf> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:04 de.rt.com: **Chinas Präsident Xi: Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Kerninteressen**

Westliche Medien verkündeten monatelang, dass Russland mit seiner Militäroperation in der Ukraine isoliert habe und prophezeiten ernste Spannungen mit China. Von solchen Fantasiegebilden war auf dem Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit nichts zu spüren.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Donnerstag beim Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) Chinas Bereitschaft verkündet, mit Russland in jenen Bereichen zusammenzuarbeiten, die die Staaten jeweils zu ihren Kerninteressen rechnen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Zudem wolle China die pragmatische Zusammenarbeit mit Russland in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft und der digitalen Technologie vertiefen.

Er forderte beide Seiten auf, die Koordinierung innerhalb der SOZ, der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien, der BRICS und anderer multilateraler Mechanismen zu verstärken, um die Solidarität und das gegenseitige Vertrauen zwischen den beteiligten Parteien zu fördern.

Der chinesische Präsident sagte auch, dass China und Russland ihre Zusammenarbeit ausbauen, um die Sicherheit und die Interessen der Region zu schützen und die gemeinsamen Interessen der Entwicklungs- und Schwellenländer zu wahren.

Der russische Präsident Wladimir Putin seinerseits erklärte, dass die derzeitigen Bestrebungen, eine unipolare Welt zu schaffen, "in letzter Zeit eine absolut hässliche Form angenommen (hätten), die die überwältigende Mehrheit der Nationen des Planeten für inakzeptabel" halte. Das Treffen findet in der usbekischen Stadt Samarkand statt und soll am Freitag zum Schluss kommen.

Das russische Staatsoberhaupt betonte, Russland und China "stehen gemeinsam für eine gerechte, demokratische, multipolare Weltordnung, die auf dem Völkerrecht und der zentralen Rolle der UNO beruht, und nicht auf irgendwelchen Regeln, die jemand erfunden hat und versucht, sie anderen aufzuzwingen, ohne auch nur zu erklären, worum es sich dabei handelt". Die Regierung von US-Präsident Joe Biden habe den Begriff "regelbasierte Weltordnung" verwendet, um die Art und Weise zu beschreiben, wie sie die Welt am liebsten regeln würde. Während des Treffens dankte Putin Xi für Chinas ausgewogene Haltung zur Krise in der Ukraine. China hatte sich zwar auch indirekt von der russischen Operation in der Ukraine distanziert, aber vor allem die USA beschuldigt, die Eskalation durch ihren Vorstoß zur Erweiterung der NATO ausgelöst zu haben.

Putin bekräftigte auch die Unterstützung Russlands für die Ein-China-Politik und Pekings Anspruch auf Souveränität über die Insel Taiwan. Die chinesische Regierung wirft den USA vor, ihre territoriale Integrität zu untergraben, indem sie Taipeh zunehmend als eigenständige Nation und nicht als selbstverwalteten Teil Chinas behandeln.

Putin lobte die SOZ als "ein Forum für konstruktive und kreative Zusammenarbeit". Er bemerkte, dass die Mitglieder der Gruppe unterschiedliche kulturelle Traditionen, Wirtschaftsmodelle und außenpolitische Prioritäten haben. Ihre Bereitschaft, als gleichberechtigte Partner mit gegenseitigem Respekt zusammenzuarbeiten, habe dazu beigetragen, dass die SOZ in relativ kurzer Zeit an Bedeutung gewonnen habe, so der russische Staatschef.

"Sie ist jetzt die größte regionale Organisation der Welt, die einen riesigen geografischen Raum und etwa die Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten vereint", betonte Putin. Die SOZ ist eine Organisation zur wirtschaftlichen Integration und Vertrauensbildung, die

eine Reihe eurasischer Staaten, darunter Russland und China, vereint. Zu den weiteren ständigen Mitgliedern gehören Indien, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Während des laufenden Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten unterzeichnete Iran die Verpflichtung, seinen Status von einem Beobachter zu einem Vollmitglied aufzuwerten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63233155b480cc5154186cb5.jpg>

21:17 de.rt.com: **LVR: Wehren alle ukrainischen Vorstoßversuche ab**

Das ukrainische Militär hat mehrere Versuche unternommen, ins Gebiet der Lugansker Volksrepublik einzudringen, die allerdings alle durch die alliierten Streitkräfte Russlands und der Donbass-Republiken abgewehrt wurden. Dies erklärte der Offizier der Lugansker Volksmiliz, Andrei Marotschko. In einer Fernsehsendung des Kanals RBK berichtete er: "Der Gegner unternimmt zahlreiche Versuche, ins Gebiet der Lugansker Volksrepublik einzudringen. Trotzdem erfüllen unsere Militärangehörigen erfolgreich alle ihre Aufgaben, und der gegnerische Andrang hatte keinen Erfolg. Nach mehreren Versuchen zieht er sich auf die bisherigen Positionen zurück."

Marotschko fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte nach jedem erfolglosen Angriff große Verluste an Personal und Kriegsgerät erleiden.

Zuvor hatte der Staatschef der LVR, Leonid Paseschnik, Behauptungen über eine angebliche Massenevakuierung der Behörden der Republik dementiert und erklärt, dass alle Ortschaften der LVR unter alliierter Kontrolle verbleiben.

21:48 de.rt.com: **Bruch in der EU? – Parlament in Brüssel stuft Ungarn als "Autokratie" ein**

Das EU-Parlament hat Ungarn den Status einer Demokratie abgesprochen: Das Land sei nun ein "hybrides System der Wahlautokratie". Der Schritt erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem Brüssel Berichten zufolge eine Kürzung der Finanzmittel für Ungarn vorbereitet.

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag beschlossen, Ungarn als "Wahlautokratie" zu bezeichnen. Die Einstufung erfolgt nun zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Kluft zwischen Budapest und Brüssel weiter vertieft. Die EU beschuldigt Ungarn der Korruption und anderer Rechtsverstöße. Dem Land droht aufgrunddessen die Kürzung von EU-Mitteln in Milliardenhöhe.

In einer Abstimmung mit 433 zu 123 Stimmen beschloss das Parlament, Ungarn nicht mehr als "Demokratie" zu bezeichnen, sondern als "hybrides Regime einer Wahlautokratie", wie es in dem nicht bindenden Gesetzestext heißt.

In ihrem Bericht über das politische System Ungarns behaupteten die EU-Gesetzgeber, dass die Wahlen und die Unabhängigkeit der Justiz des Landes gefährdet seien und dass die Regierung Orban die Rechte von Migranten, Minderheiten und der LGBT-Gemeinschaft

eingeschränkt habe. Die Schlussfolgerungen des Berichts basierten auf einem "zunehmenden Konsens unter Experten", hieß es in dem Dokument.

In einem anderen Dokument der Behörde werden vor allem Defizite in der öffentlichen Auftragsvergabe kritisiert. Es gebe "schwerwiegende systembedingte Unregelmäßigkeiten, Mängel und Schwachstellen in den öffentlichen Vergabeverfahren".

Ungarn entgegnete, dass der Bericht "auf subjektiven Meinungen und politisch voreingenommenen Aussagen beruht" und "ein weiterer Versuch der föderalistischen europäischen politischen Parteien ist, Ungarn und seine christlich-demokratische, konservative Regierung anzugreifen".

Der Bericht fordert die Europäische Kommission auf, "die verfügbaren Instrumente voll auszuschöpfen", um Budapest wieder in Einklang mit den "europäischen Werten" zu bringen. Allerdings besteht noch immer die Möglichkeit für einen Kompromiss mit Budapest. Daher könnte Ungarn dennoch weiterhin EU-Gelder erhalten.

Die Abstimmung erfolgte einen Tag, nachdem Bloomberg berichtet hatte, dass die Europäische Kommission aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegen Ministerpräsident Viktor Orbáns Regierung möglicherweise mehr als 40 Milliarden Euro an Finanzmitteln für Ungarn einbehält. Die Kommission hatte kurz nach der Wiederwahl von Orbáns Partei Fidesz im April begonnen, diese Vorwürfe zu untersuchen.

Das Europäische Parlament stimmte 2018 für die Anwendung von Artikel 7 des EU-Vertrags gegen Ungarn als Reaktion auf Orbáns hartes Vorgehen gegen Einwanderung und die angebliche Missachtung der "Grundwerte" der Union. Wenn dieser Schritt vom Europarat ratifiziert wird, könnten Ungarn seine Mitgliedsrechte entzogen oder Sanktionen verhängt werden.

Ungarn hat nicht nur die Einwanderung stark eingeschränkt, sondern ist in letzter Zeit auch wegen der Reaktion der EU auf den Konflikt in der Ukraine mit der EU aneinandergeraten. Ungarn hat sich geweigert, Waffen aus seinem Hoheitsgebiet in die Ukraine einzuführen, sich gegen Sanktionen gegen russische fossile Brennstoffe gewehrt und seine eigenen Gasbezüge aus Russland aufgestockt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632380e7b480cc54474ceed1.jpg>

22:52 de.rt.com: **DVR: Drei Tote durch ukrainische Artillerieangriffe während des Tages**

Der ukrainische Beschuss der Ortschaften der Donezker Volksrepublik hat am heutigen Donnerstag drei Zivilisten getötet und zehn weitere verwundet. Dies gab die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination bekannt. Sie [berichtete](#) über Telegram:

"Gemäß Stand 21:00 Uhr am 15. September beträgt die Gesamtzahl der zivilen Opfer durch Angriffe der bewaffneten Verbände der Ukraine 13 Personen (drei Tote, zehn Verletzte)."

Die Behörde fügte hinzu, dass die Angaben vorläufig seien, da neue Angaben über die Folgen der Angriffe weiterhin gemeldet werden.

Zuvor waren von der Behörde im Laufe des Tages Artillerieangriffe auf die Städte Donezk,

Makejewka, Swetlodarsk und Staromichajlowka mitgeteilt worden.

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Gazprom: Nur der Start von Nord Stream 2 kann die Energiekrise der EU lösen**

Es gibt für Europa keine Alternative zu russischem Pipeline-Gas, sagte der stellvertretende Vorsitzende von Gazprom. Ohne das Gas würde die europäische Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Die Öffnung der russischen Gaspipeline Nord Stream 2 könnte die Energiekrise in Europa lösen, sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Oleg Axjutin, auf einer Plenumsitzung des Petersburger Internationalen Gasforums (SPIGF 2022) am Donnerstag. Axjutin betonte:

"Der Start von Nord Stream 2 könnte das Problem lösen, den Gasmarkt in Europa ins Gleichgewicht zu bringen, aber wir sehen, dass europäische Politiker sich gegen diese offensichtliche Lösung sträuben."

Der stellvertretende Gazprom-Chef stellte fest:

"Es gibt schlicht keine angemessene Alternative zur Lieferung von russischem Pipelinegas für Europa. Kein Land ist im Stande, Ressourcen zu liefern, die mit den Ressourcen und den Feldern Sibiriens und der Jamal-Halbinsel vergleichbar sind. Niemand kann die Lieferung durch Pipelinesysteme zu den Bedingungen steigern, die Gazprom anbietet."

Axjutin sagte, die Haltung Brüssels zu russischem Gas und die Maßnahmen, die die EU ergreife, um die Abhängigkeit davon zu verringern, verurteile die europäische Wirtschaft zu Ineffizienz und zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

Er kritisierte auch die Bestrebungen des Blocks, russisches Pipelinegas durch Importe von Flüssiggas (LNG) über den Ozean zu ersetzen, und betonte, dass LNG "nicht durch Zauberei auf dem Markt erscheint". Es sei unwahrscheinlich, dass das Angebot an LNG auf dem Weltmarkt in den nächsten zwei Jahren nennenswert steige.

Die Pipeline Nord Stream 2, die letztes Jahr fertiggestellt wurde, aber wegen Berlins Zögern bei der Zertifizierung nie in Betrieb ging, hat eine jährliche Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern. Sie könnte, sagen Experten, dem Block sehr helfen, insbesondere jetzt, da eine andere russische Pipeline, Nord Stream 1, infolge technischer Probleme auf unbestimmte Zeit geschlossen ist. Die einzigen verbliebenen wichtigen Routen, auf denen russisches Gas Europa erreicht, sind die eine noch funktionierende Transitlinie durch die Ukraine und die TurkStream-Pipeline durch die Türkei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63235c2848fbef5b621235f5.jpg>

Proteste in Schwerin, 07.09.2022

7:02 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt die Stadt Waluiki im Gebiet Belgorod – ein Toter**

Artilleristen der ukrainischen Armee haben die russische Stadt Waluiki beschossen, wobei ein Zivilist getötet und zwei weitere verletzt wurden. Das teilt der Gouverneur des Gebietes Belgorod Wjatscheslaw Gladkow auf seinem [Telegram-Kanal](#) mit.

"Die ukrainische Armee hat Waluiki beschossen. Das Luftabwehrsystem kam zwar zum Einsatz, aber es gibt Zerstörungen am Boden. Ein Umspannwerk wurde beschädigt und die Stromversorgung der Stadt war unterbrochen. Außerdem brannten in der Schkolnaja-Straße acht Privathäuser und drei Autos. Nach vorläufigen Informationen wurde eine Zivilperson getötet. Zwei verletzte Personen werden vor Ort medizinisch versorgt."

7:36 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk meldet Beschuss des Dorfes Nischnjaja Duwanka durch ukrainische Streitkräfte**

Am Freitag hat die ukrainische Armee das Dorf Nischnjaja Duwanka in der Volksrepublik Lugansk (LVR) mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern beschossen. Dies wurde laut TASS von der LVR-Mission beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen zu Kriegsverbrechern der Ukraine [berichtet](#).

Es seien vier Raketen abgefeuert worden. Informationen über Opfer und Schäden würden derzeit geklärt.

8:07 de.rt.com: **LVR-Chef: Jeder Versuch eines Angriffs auf die Republik wird zurückgeschlagen**

Jeder Versuch eines Gegenangriffs der Kiewer Truppen auf die Volksrepublik Lugansk werde zurückgeschlagen. Das verkündete der Chef der Volksrepublik Lugansk Leonid Pasetschnik bei einem Treffen mit Angehörigen getöteter Helden der Republik. Er betonte laut [RIA Nowosti](#):

"Ich möchte Ihnen versichern, dass es keinen Grund zur Panik gibt. Die alliierten Truppen garantieren die Sicherheit unserer Grenzen. Ich erkläre voller Zuversicht, dass jeder Versuch eines Gegenangriffs durch den Feind zurückgeschlagen wird und wir weiterhin die brüderliche Donezker Volksrepublik von den ukrainischen Nationalisten befreien und die Aufgaben der Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine erfüllen werden. Der Feind darf unser Gebiet nicht betreten."

Pasetschnik hob hervor, dass Gehälter in Unternehmen und Fabriken sowie Renten und Sozialleistungen gezahlt werden, während russische Fachleute weiterhin Maßnahmen zur Wiederherstellung der Infrastruktur und zur Vorbereitung auf die Heizperiode ergreifen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6323fba248fbef5593631fde.jpg>

Leonid Pasetschnik

8:24 de.rt.com: **Cherson-Beamter: Selenskij plant Butscha-ähnliche Provokation in Isjum**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij beabsichtige, in Isjum die Erfahrung der Provokation von Butscha zu wiederholen und russische Soldaten des Massenmordes zu beschuldigen. Zu diesem Zweck würden derzeit ausländische Journalisten in die Stadt gebracht. Das verkündete Kirill Stremoussow, stellvertretender Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Cherson, am Freitag gegenüber [TASS](#). Er sagte: "Wir haben bereits all diese Geschichten über Butscha und Irpen gehört. Selenskij arbeitet wie alle Nazifiguren: Sie erschießen und töten Menschen und präsentieren es dann der ausländischen Presse."

Am Donnerstag nahm Selenskij eine Videobotschaft in englischer Sprache auf, in der er über die angebliche Entdeckung eines Massengrabs in Isjum im Gebiet Charkow sprach. Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten werden am Freitag ausländische Medienvertreter dorthin gebracht.

8:48 de.rt.com: **Bundesregierung stellt Rosneft Deutschland unter Treuhandverwaltung**

Angeblich zur Sicherung des Betriebs der Raffinerien in Schwedt, Karlsruhe und Vohburg stellt die Bundesregierung die Rohölimporteure Rosneft Deutschland und die RN Refining & Marketing GmbH unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium am Freitagmorgen in Berlin mit.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 16.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 55 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt die Beschüsse von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Swetlodarsk (DVR), Lissitschansk und Stachanow unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS und 155mm-Artilleriegeschützen **beschossen** und 24 Geschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses:

- starb in Swetlodarsk (DVR) eine zivile Einwohnerin und 2 Menschen wurden verletzt.

6 Mehrparteienwohnhäuser und ein Nebengebäude eines Krankenhauses wurden beschädigt;

- wurden in Stachanow das Gebäude und das Wohnheim der Stachanower Abteilung des medizinischen Colleges und ein Heizwerk des Stachanower pädagogischen Colleges der Lugansker Staatlichen Pädagogischen Universität, 2 Mehrparteienwohnhäuser, das kommunale Unternehmen „Wosroshdenije“ und eine Gasleitung beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Kämpfer Nishnjaja Duwanka (DVR) mit Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS beschossen und 4 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen stehen noch aus.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 15. September haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gawrilowka und Nishnij Suchodol zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:21 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Sanktionen schaden Interessen der USA und Aussichten auf weltweite wirtschaftliche Erholung**

Einseitige Sanktionen der US-Behörden schaden den Interessen der Vereinigten Staaten selbst und den Aussichten auf eine weltweite wirtschaftliche Erholung. Darauf wies der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow am Donnerstag hin. Der Diplomat [erklärte](#) laut dem Pressedienst der Botschaft:

"Die Hartnäckigkeit Washingtons, das die Sanktionsspirale immer weiter aufdreht, ist nicht mehr überraschend. Die US-Behörden weigern sich zu erkennen, dass einseitige unrechtmäßige Schritte ihre erklärten Ziele nicht erreichen können. Im Gegenteil, sie schaden den Interessen der Vereinigten Staaten selbst und den Aussichten auf eine weltweite wirtschaftliche Erholung. Dies zeigt sich am Umfang des nächsten 'restriktiven Pakets'."

"Die US-Amerikaner widersprechen sich selbst, indem sie einerseits die Bedeutung der Zusammenarbeit im Weltraum hervorheben und andererseits Sanktionen gegen die Strukturen von Roskosmos verhängen. Ungeachtet der Konkurrenz durch fortschrittliche Finanztechnologien versuchen sie, deren Einsatz zu verbieten. Man hat den Eindruck, dass die US-Regierung, die nicht weiß, wie sie sonst auf ihre Beschränkungen aufmerksam machen soll, wie ein Cowboy mit schlechten Augen im Kreis herumspringt und schießt, ohne die Ziele zu erkennen."



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632400c348fbef5b62123641.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632400c348fbef5b62123641.jpg)

g

Anatoli Antonow

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR 244 Geschosse mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm und 152mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der Beschüsse **starben 3 Zivilisten und 12 wurden verletzt**.

18 Häuser und 6 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Schützenpanzerwagen, 3 Mörsermannschaften und mehr als 60 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:59 de.rt.com: USA liefern der Ukraine HIMARS-Munition und hochpräzise Artilleriegranaten

Washington hat Munition für HIMARS-Mehrfachraketenwerfer, hochpräzise Artilleriegranaten, Drohnenabwehrsysteme und Radaranlagen zur Artillerieabwehr im Wert von 600 Millionen US-Dollar in das nächste Militärhilfepaket für die Ukraine aufgenommen. Das teilte das US-Verteidigungsministerium am Donnerstag mit.

Das Hilfspaket umfasst 36.000 Artilleriegranaten im Kaliber 105 Millimeter, 1.000 hochpräzise Artilleriegranaten im Kaliber 155 Millimeter, vier Anti-Artillerie-Radare, Handfeuerwaffen und entsprechende Munition. Darüber hinaus enthält die Liste vier Lastwagen und acht Anhänger für den Transport von schwerem Gerät sowie Minenräumergeräte, Claymore-Antipersonenminen, Sprengstoff, Nachtsichtgeräte, Kaltwetterkleidung und weitere Ausrüstung.

Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums hat die Regierung unter Präsident Joe Biden insgesamt rund 15,8 Milliarden US-Dollar für Militärhilfe an die Ukraine bereitgestellt, davon mehr als 15,1 Milliarden US-Dollar seit Beginn der russischen Militäroperation. Seit dem Jahr 2014 gaben die USA rund 17,9 Milliarden US-Dollar für Militärhilfe an die Ukraine aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63240da148fbef564e41ef57.jpg>
HIMARS-Mehrfachraketenwerfer feuern Salven während der Militärübung "African Lion" in der Region Grier Labouihi im Südosten Marokkos.

10:35 de.rt.com: **Duma-Abgeordneter: Selenskijs Behauptungen über Massengräber in Isjum sind billige Provokation**

Die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij über angeblich entdeckte Massengräber in Isjum seien eine billige Provokation vor dem Hintergrund der tatsächlichen Morde an der Zivilbevölkerung, die vom ukrainischen Militär begangen wurden. Dies verkündete Leonid Sluzki, Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, in einem Gespräch mit [TASS](#) am Freitag. Er sagte:

"Selenskijs Äußerungen über die angeblich in Isjum entdeckten Massengräber sind eine weitere billige Provokation und eine Lüge, denen es überdies an Einfallsreichtum fehlt."

Das weitere Szenario sei klar: Die "richtigen" Journalisten und Fotografen würden dort sein und ein Bild für die "richtigen" Medien machen. Niemand werde einen tatsächlichen Beweis sehen, so der Politiker. Er schloss:

"Und dann werden nach bewährtem Muster Anschuldigungen gegen Russland mit der Forderung nach neuen Sanktionen und Waffen folgen. Das werden diejenigen fordern, die den Beschuss friedlicher Städte und Dörfer zulassen, die damit drohen, Andersdenkende zu verhaften und die echte und nicht vorgetäuschte Morde an Menschen begehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63242ffd48fbef568f5fe90b.jpg>

Leonid Sluzki

11:09 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte geraten in taktische Umzingelung an Grenze zum Gebiet Cherson**

Truppen der ukrainischen Armee seien in eine taktische Umzingelung am Frontabschnitt Cherson geraten, teilte der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow gegenüber RIA Nowosti mit. Er erklärte:

"Der Wasserstand des Flusses Ingulez ist gestiegen, sodass die von den ukrainischen Truppen errichteten Übergänge vom rechten zum linken Ufer nahe der Grenzen zum Gebiet Cherson unterbrochen sind. Jetzt sind sie praktisch ohne Nachschub und befinden sich in einer taktischen Umzingelung, teils von Wasser umgeben. Sie sind dort in großer Not."

Ende August starteten die ukrainischen Streitkräfte zwei Gegenoffensiven am Frontabschnitt Cherson. Das russische Verteidigungsministerium meldete, dass diese Angriffe abgewehrt worden seien. Die ukrainische Armee habe schwere Verluste an Personal und Ausrüstung erlitten.

11:09 de.rt.com: **"Ohne Gas keine Milch" - Bauernverband und Versorger warnen vor Folgen der Energiekrise**

Kommunale Energieversorger haben am Donnerstag vor den Folgen der hohen Energiepreise gewarnt. Auch die Landwirte machten ihre Sorgen um Ertragseinbrüche und Produktionsunterbrechungen deutlich. Der Verbandspräsident mahnte: "Ohne Gas keine Milch, keine Butter, kein Joghurt."

Kommunale Energieversorger in Bayern haben am Donnerstag gewarnt, dass wegen der hohen Preise für Gas und Strom womöglich bald jeder zehnte Kunde seine Rechnungen nicht mehr zahlen könne. Das sieht der Geschäftsführer des Bayrischen Energie- und Wasserverbands, Detlef Fischer, als Risiko für die Energieversorger.

In der vergangenen Woche hatte der Bund eine Rettungsaktion für den zweiten großen Versorger, den Unternehmensverbund VNG, angekündigt, was jedoch wegen der hohen Gewinne des Mutterkonzerns ENBW auf Kritik stieß.

Auf der am Donnerstag beginnenden zweitägigen Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern warnte indes der Deutsche Bauernverband vor einem Einbruch der landwirtschaftlichen Erträge infolge von Gasengpässen. Sollten Düngemittel nur noch eingeschränkt verfügbar sein oder wegfallen, würden die Erträge sofort um 30 bis 40 Prozent einbrechen, sagte Verbandspräsident Joachim Rukwied:

"Um stabile Ernten zu gewährleisten, ist die Verfügbarkeit von Düngemitteln essenziell."

Gas ist notwendig zur Erzeugung von Stickstoffdünger. "Wir brauchen eine Priorisierung beim Gas für den gesamten Landwirtschafts- und Ernährungssektor – und auch für die Düngemittelhersteller", sagte Rukwied der Deutschen Presse-Agentur. Die gesamte Ernährungswirtschaft sei abhängig von Gas, etwa Zuckerfabriken oder Molkereien. "Ohne Gas keine Milch, keine Butter, kein Joghurt."

Der Vorsitzende der Agrarministerkonferenz, Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU), hatte zuletzt einen Energiepreisdeckel für die Ernährungswirtschaft gefordert. Die hohen Preise schränkten die Wettbewerbsfähigkeit ein und sorgten dafür, dass die Preise bis in den Lebensmitteleinzelhandel stark stiegen, sagte Schulze. Er rechnet mit einem erhöhten Druck auf den Bund.

Am Donnerstag und Freitag treffen sich die Agrarminister von Bund und Ländern in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt. Neben dem übergeordneten Thema zu den Auswirkungen und Folgen des Ukraine-Kriegs wollen die Minister etwa über den Umbau der Nutztierhaltung beraten.

Am Mittwoch kündigte die deutsche Chemie- und Pharmabranche an, dass die Herstellung in diesem Sektor wegen der rasant gestiegenen Energiepreise dieses Jahr um 5,5 Prozent schrumpfen wird. Die Produktion der Chemie allein betrachtet dürfte gar um 8,5 Prozent zurückgehen, teilte der Verband der Chemischen Industrie mit.

Vor dem Hintergrund der Energiekrise waren zuletzt vermehrt Warnungen vor einem großflächigen Stromausfall im kommenden Winter laut geworden. Zwar hält die Bundesnetzagentur laut BR-Anfrage ein solches Szenario für "sehr unwahrscheinlich", allerdings seien kürzere, regionale Stromausfälle in der derzeitigen Situation zu befürchten, wenn auch nicht wahrscheinlich.

"Auch stundenweise krisenhafte Situationen im Stromsystem sind nach Einschätzung der Bundesnetzagentur im Winter 22/23 sehr unwahrscheinlich, diese können aber nie vollständig ausgeschlossen werden."

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) hatte Anfang September auf der Grundlage des Stresstests, einer Untersuchung zur Stabilität der Stromversorgung, vorgeschlagen, zwei süddeutsche Atomkraftwerke entgegen der Planung über das Jahresende hinaus noch bis Mitte April für den Fall von Engpässen einsatzbereit zu halten.

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnte am Wochenende vor flächendeckenden Stromausfällen und der Überlastung des Stromnetzes in Deutschland.

"Die Gefahr eines Blackouts ist gegeben",

sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der Welt am Sonntag. Die Vorbereitung auf echte Krisensituationen müsse verbessert werden, auch wenn die Bundesnetzagentur diese eher verneint (siehe oben). Bei ihrem Stromnetz-Stresstest ging es um ein Extrem-Szenario: Wegen Gasmangels fällt ein Viertel bis die Hälfte der Gaskraftwerke in Süddeutschland aus, anhaltendes Niedrigwasser bremst den Nachschub für die Kohlekraftwerke, die französischen Atomkraftwerke sind weiter außer Betrieb und zudem werden viele Heizlüfter gleichzeitig genutzt.

Landsberg warnte konkret vor der Gefahr einer "Überlastung des Stromnetzes – etwa wenn die 650.000 in diesem Jahr verkauften Heizlüfter ans Netz gehen, sollte die Gasversorgung ausfallen". Auch feindliche Hackerangriffe seien ein realistisches Szenario. "Wir können flächendeckende Stromausfälle nicht ausschließen", sagte er. Und für diesen Fall sei Deutschland ungenügend gerüstet.

Er forderte die Bürger auf, die Empfehlungen des Bundes zum Katastrophenschutz ernst zu nehmen und Wasser sowie Lebensmittel im Haus zu haben. Bei einem großflächigen Stromausfall "läuft kein Wasser, man kann nicht tanken, nach zwei Tagen kann man sein Handy nicht mehr laden", erklärte er. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, warnte vor massenhaftem Gebrauch von Heizlüftern. Sie zu nutzen sei selbst bei den hohen Gaspreisen teurer als Heizen mit Gas, sagte er dem Tagesspiegel. Außerdem könne es

Stromnetze lokal an ihre Grenzen bringen, wenn viele Menschen gleichzeitig Heizlüfter betreiben.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) dagegen versprach in Bezug auf die verbreiteten Sorgen um die Energiekrise: "Wir kommen da durch." Die Menschen in Deutschland würden spüren, dass sie in einer ernsten Zeit lebten. "Wir haben uns aber vorbereitet", versicherte der Kanzler in seiner wöchentlichen Videobotschaft und griff auf sein schon im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine genutztes Repertoire zurück, indem er auf Solidarität pochte.

„Wir werden uns als Land unterhaken, weil wir ein solidarisches Land sind.“

In Berlin haben am Donnerstag die Beratungen des Bundeskanzlers mit Vertretern von Gewerkschaften und Wirtschaft zur aktuellen Energiekrise begonnen.

Eine repräsentative Erhebung des Civey-Instituts zeigte in dieser Woche, dass 53 Prozent der Deutschen sich bezüglich eines Stromausfalls sorgen, während die Miniserie "Alles finster" darstellt, dass Panik und Chaos ausbrechen, wenn es zu einem Blackout kommt.

Hinsichtlich der umstrittenen Gasumlage, mit der Gasimporteure gestützt werden sollen, will sich Wirtschaftsminister Habeck scheinbar noch Zeit verschaffen: Die ersten Abschlagszahlungen sollen wohl auf Ende Oktober verschoben werden, hieß es am Donnerstag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63232476b480cc1ec4553d47.jpg>

11:33 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Stadtzentrum von Cherson mit HIMARS-Raketen**

Mindestens eine Person wurde getötet und eine weitere verletzt, als ukrainische Streitkräfte HIMARS-Raketen auf das Zentrum der Stadt Cherson abgefeuert haben, berichtet die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#). Mindestens fünf Geschosse schlugen in der Nähe der Gebietsverwaltung ein.

Jekaterina Gubarjowa, stellvertretende Leiterin der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Cherson, erklärte gegenüber RIA Nowosti, dass eine der Raketen direkt in das Gebäude des Verwaltungsgebäudes eingeschlagen sei. In einem [Video](#), das die Nachrichtenagentur veröffentlichte, ist zu sehen, wie Rauch von einem Flügel des Gebäudes aufsteigt.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/09/10/1817193666_0:0:1532:862_600x0_80_0_0_a96d2c0c50c55a2d3da4ebb5ed513e07.jpg

11:47 de.rt.com: **Bericht über CIA-Folter bleibt vorerst geheim**

Ein Bericht, in dem die sogenannten "erweiterten Verhörmethoden" der CIA beschrieben werden, wird vorerst nicht veröffentlicht. Das entschied eine US-Bundesrichterin am Bundesgerichtshof District of Columbia. Die Freigabe könne "die nationale Sicherheit gefährden".

Die US-Bundesrichterin Beryl Howell am Bundesgerichtshof District of Columbia hat am Donnerstag entschieden, dass ein umfangreicher Kongressbericht über das Folterprogramm der CIA im Terrorkrieg geheim bleiben wird. Die Richterin vertrat die Auffassung, dass die Bürger kein Recht auf Zugang zu dem umstrittenen Dokument haben, von dem Teile bereits 2014 durch einen demokratischen Senator an die Öffentlichkeit gelangten.

Howell erklärte, dass der Bericht "nicht als öffentliches Dokument gilt, das dem allgemeinen Recht auf Zugang der Öffentlichkeit unterliegt", da ein früherer Fall zu dem Schluss gekommen sei, dass es sich um ein "Kongressdokument" handle und daher nicht durch Standardanfragen nach dem Freedom of Information Act (FOIA) zugänglich gemacht werden könne. Der FOIA ist ein 1967 in den USA in Kraft getretenes Gesetz zur Informationsfreiheit und gibt jedem das Recht, Zugang zu Dokumenten von staatlichen Behörden zu verlangen. Howell schrieb in ihrer Stellungnahme:

"Der Bericht enthält streng geheime Informationen über die Inhaftierungs- und Verhörmethoden und -verfahren der CIA, deren Freigabe die nationale Sicherheit gefährden würde, was das Interesse der Öffentlichkeit an einer Veröffentlichung bei Weitem überwiegt." Der Enthüllungsjournalist Shawn Musgrave hatte auf Herausgabe des Dokuments mit dem Argument des "Rechts auf Wissen" geklagt und wurde nun abgewiesen. Der Anwalt des Journalisten, Kel McClanahan, kündigte an, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen.

Folterer haben wenig bis nichts zu befürchten

Der 6.700 Seiten umfassende Senatsbericht beschreibt detailliert die geheimen Inhaftierungs- und Folterprogramme der CIA, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eingeleitet wurden. Im Verlauf der Inhaftierungen wurden zahllose ausländische "Verdächtige" in geheimen Gefängnissen in Übersee festgehalten und extremen und oft brutalsten Verhörmaßnahmen unterzogen. Nur wenige dieser Fälle führten jemals zu einer formellen Anklage der Opfer, von denen viele weit außerhalb der Reichweite des US-amerikanischen Strafrechtssystems oder der internationalen Kriegsgesetze festgehalten wurden.

Eine nicht klassifizierte Zusammenfassung des Dokuments, die 2014 von der demokratischen Senatorin Dianne Feinstein veröffentlicht wurde, enthielt 20 wichtige Erkenntnisse, darunter,

dass die Methoden der CIA nur selten zur Gewinnung nützlicher Informationen beigetragen hätten. Zudem habe der Geheimdienst über die Wirksamkeit seiner Methoden gelogen, und die Verhöre seien weitaus gewalttätiger gewesen, als die CIA gegenüber den Abgeordneten jemals zugegeben habe. Einige der sogenannten "erweiterten Verhörmethoden" wurden von Psychologen entwickelt, um das Leiden der Verdächtigen zu maximieren, heißt es in der Zusammenfassung.

Senatorin Feinstein kommentierte die Entscheidung vom Donnerstag mit den Worten, sie stimme zwar mit einigen Aspekten der Entscheidung überein. "Aber ich bin auch weiterhin der Meinung, dass der vollständige Folterbericht – mit entsprechenden Schwärzungen – irgendwann veröffentlicht werden sollte." Sie fügte laut der Los Angeles Times hinzu: "Die Anwendung von Folter durch die US-amerikanische Regierung war ein dunkler Fleck in unserer Geschichte, der sich niemals wiederholen darf. Wir müssen weiterhin aus unseren Fehlern lernen, und das bedeutet, dass wir den Folterbericht zu einem angemessenen Zeitpunkt veröffentlichen müssen."

Obwohl der umfangreiche Bericht vorerst unter Verschluss bleiben wird, hat der ehemalige US-Präsident Barack Obama das Dokument vor seinem Ausscheiden aus dem Weißen Haus in seine Präsidentenakten aufgenommen, was bedeutet, dass eine Kopie nun in den Nationalarchiven aufbewahrt wird und ab 2029 in Teilen freigegeben werden könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632437ccb480cc15c2281a1b.jpg>

Ein Demonstrant, der die Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo Bay fordert, hält ein Schild vor dem Weißen Haus in Washington, D.C., am 2. April 2022.

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **Cherson-Beamtin: "Ukrainischer Raketenangriff auf Cherson ist verabscheuungswürdiger terroristischer Akt"**

Jekaterina Gubarjowa, die stellvertretende Leiterin der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Cherson, hat den Raketenangriff der ukrainischen Streitkräfte auf das Gebäude der Gebietsverwaltung in Cherson als verabscheuungswürdigen terroristischen Akt bezeichnet. Sie erklärte laut [TASS](#):

"Es gab einen verabscheuungswürdigen Terroranschlag vonseiten der Ukro-Banditen. Am helllichten Tag, als die Menschen spazieren gingen, ihren Geschäften nachgingen und für das Wohl des Volkes lebten und arbeiteten."

Das Risiko eines weiteren Raketenangriffs auf die Stadt bleibe hoch, die Bewohner sollten Ruhe bewahren und nach Möglichkeit zu Hause bleiben, verkünden die örtlichen Behörden. In einer Mitteilung auf Telegram [heißt](#) es:

"In Cherson besteht weiterhin ein erhöhtes Risiko eines zweiten Raketenangriffs. Wir bitten alle Bürger, Ruhe zu bewahren und alle Verwaltungsgebäude zu meiden. Bleiben Sie nach Möglichkeit zu Hause."

Die Verwaltung stellte klar, dass sie auch nach dem Beschuss ihre Arbeit fortsetzt.

12:15 de.rt.com: **Explosion im Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft von Lugansk - Generalstaatsanwalt getötet**

Am Freitag erschütterte eine Explosion das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft im Zentrum der Stadt Lugansk. Dabei wurden der Generalstaatsanwalt Sergei Gorenko und seine Stellvertreterin Jekaterina Steglenko getötet. Das [teilte](#) die Behörde auf ihrem offiziellen Telegram-Kanal mit.

Die Explosion ereignete sich gegen 11:30 Uhr Moskauer Zeit im zweiten Stockwerk des Gebäudes der Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Lugansk (LVR), berichtet die Nachrichtenagentur [TASS](#). Die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft seien evakuiert worden. Vertreter des Katastrophenschutzministeriums und des Innenministeriums sowie Sprengstoffexperten seien vor Ort im Einsatz.

In einem [Video](#), das die Nachrichtenagentur RIA Nowosti veröffentlichte, sind Schäden am Fenster des Gebäudes der Generalstaatsanwaltschaft nach einer Explosion zu sehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324545748fbef564e41ef99.jpg>

lug-info.com: Der Generalstaatsanwalt der LVR Sergej Gorenko und seine Stellvertreterin Jekaterina Steglenko starben infolge eines Sprengstoffanschlags im Gebäude der Staatsanwaltschaft, teilte das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik mit.

12:58 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Schweden: Kiew wäre am Ende, wenn Moskau zu einem richtigen Krieg übergeht**

Wiktor Tatarinzew, Russlands Botschafter in Schweden, sagte Journalisten, dass Kiew sein Ende finden wird, wenn Moskau von der militärischen Sonderoperation zu einem richtigen Krieg übergeht. Das berichtet die Zeitung Expressen und zitiert den Diplomaten wie folgt: "Auf russischer Seite handelt es sich um eine Sonderoperation, nicht um einen Krieg. Wenn Russland einen echten Krieg beginnt, wird die Ukraine sehr schnell untergehen."

"Wir sind bereits am Gewinnen. Notieren Sie sich das."

Nach Ansicht des Botschafters sollten die westlichen Länder nicht vergessen, dass es unmöglich ist, Russland vom Rest der Welt zu isolieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6324231948fbef565611e413.jpg>

Russische Soldaten während eines Manövers in Weißrussland

13:05 de.rt.com: **Politico: Nancy Pelosi will Armenien besuchen**

Nach ihrer umstrittenen Reise nach Taiwan will Nancy Pelosi nun einen weiteren Krisenherd besuchen. Die führende US-Politikerin und Sprecherin des US-Repräsentantenhauses beabsichtigt laut einem Medienbericht, in die armenische Hauptstadt zu reisen.

Die US-Spitzenpolitikerin Nancy Pelosi (Demokratische Partei) ist nach Berlin gekommen. Sie vertritt die Vereinigten Staaten hier auf der sogenannten Speakers' Conference, bei der Vertreter der jeweiligen Parlamentspräsidenten der G7-Staaten zusammenkommen. Die Konferenz findet in Berlin statt, denn Deutschland hat derzeit den Vorsitz in der G7-Gruppe, zu der auch Frankreich, Italien, Japan, Kanada, die USA und Großbritannien zählen. Doch Berlin wird wohl nicht die einzige Hauptstadt in Europa sein, die Pelosi besucht. Laut einem Bericht der Nachrichtenplattform [Politico](#) soll Pelosi am kommenden Wochenende nach Armenien reisen wollen. Sie wolle demnach zusammen mit ihrer kalifornischen Parteikollegin Jackie Speier, die zusammen mit ihr nach Berlin gekommen ist, Jerewan besuchen, um dem armenischen Premierminister Nikol Paschinjan ihre Unterstützung zu bekunden.

Die Visite der beiden US-Abgeordneten würde also kurz nach den Grenzkonflikten zwischen Aserbaidschan und Armenien erfolgen, bei denen über 170 Menschen getötet wurden.

Nach ihrem Besuch in Berlin und ihrer [Teilnahme an jener Konferenz](#) mit dem Ziel, "den heroischen Kampf der Ukraine" gegen Russland zu unterstützen, sei laut Politico geplant, dass die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses zusammen mit Speier, einer US-Amerikanerin armenischer Herkunft, nach Jerewan fliegen wird.

Speiers Büro hatte sich zu dem Bericht nicht geäußert, während Pelosis stellvertretender Stabschef Drew Hammill gegenüber Politico erklärte, dass man "internationale Reisen aufgrund bestehender Sicherheitsmaßnahmen nicht im Voraus bestätigt oder dementiert".

Die vorherige Auslandsreise von Pelosi erregte Aufsehen, als sie Anfang August gegen ausdrückliche Warnungen aus Peking eine Reise nach [Taipeh](#) unternommen hatte. Damit hatte die US-Politikerin die Spannungen zwischen den USA und China über den Status von Taiwan erheblich angeheizt. In Taipeh hatte Pelosi Taiwan demonstrativ den Rücken gestärkt. Sie und ihre Delegation seien nach Taiwan gereist, "um unmissverständlich klar zu machen, dass wir unsere Verpflichtung gegenüber Taiwan nicht aufgeben werden", erklärte sie damals.

Armenien beschuldigte Aserbaidschan, am frühen Dienstagabend Artillerie- und Drohnenangriffe jenseits seiner Landesgrenze gegen Armenien durchgeführt zu haben.

Dutzende von Soldaten auf beiden Seiten wurden bei dem dann folgenden Feuergefecht getötet. Nachdem Jerewan die von Russland angeführte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), der auch Armenien angehört, [um Hilfe gebeten](#) hatte, schlug Aserbaidschan einen "humanitären Waffenstillstand" vor.

Die große armenische Diaspora in den USA hat Washington dazu aufgerufen, Jerewan zu unterstützen. Anthony Barsamian, Co-Vorsitzender der Armenischen Versammlung von Amerika, sagte gegenüber Politico über den demnach von Pelosi geplanten Besuch: "Armenien hat nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die der Ukraine zuteilwurde, und dies wird ein Licht auf ein Land werfen, das eine internationale Grenze unter Verletzung des Völkerrechts überschreitet."

Die Spannungen zwischen den beiden Nachbarn haben sich wegen der umstrittenen Region Bergkarabach verschärft. Jerewan unterstützt die Unabhängigkeit der mehrheitlich von ethnischen Armeniern bewohnten Region, seit sie sich Anfang der 1990er Jahre von Aserbaidschan abgespalten hatte.

Im Jahr 2020 lieferten sich Armenien und Aserbaidschan einen 44-tägigen Krieg um Bergkarabach, der mit einem von Russland vermittelten Waffenstillstand endete. Im August forderte Baku die "Entmilitarisierung" der Region, während Jerewan Aserbaidschan vorwarf, die Verbindungsstraße zwischen Bergkarabach und Armenien abschneiden zu wollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63241c1148fbef568e7b871a.jpg>

Die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (r.) und Jackie Speier (beide von der Demokratischen Partei) am 15. September 2022 in Berlin: Die US-Politikerinnen sollen nach ihrem Besuch in Deutschland weiter nach Armenien reisen wollen.

13:31 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje: Vize-Bürgermeister und Ehefrau erschossen**

Der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Berdjansk Oleg Boiko und seine Ehefrau Ljudmila wurden getötet, berichtet [RIA Nowosti](#). Lokale Behörden bestätigen die Meldung. Auf dem Telegramm-Kanal der Stadtverwaltung [heißt](#) es:

"Oleg Boiko, der stellvertretende Leiter der zivil-militärischen Verwaltung für den Bereich Wohnungsbau und Versorgung in Berdjansk sowie seine Frau Ljudmila Boiko, die Leiterin der Wahlkommission für das Gebietsreferendum in der Stadt, wurden vor ihrer Garage ermordet."

Laut einer Quelle von RIA Nowosti in der örtlichen Verwaltung wurde das Paar gegen Mittag mit einer Makarow-Pistole erschossen. Eine Untersuchung ist im Gange, die Einzelheiten des Attentats werden geklärt.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/09/10/1817308963_0:0:986:659_600x0_80_0_0_90cc9666b8a75cb88d29cf86ce94b698.jpg

Oleg und Ljudmila Boiko

13:52 de.rt.com: **Spät aber doch: EU hebt Sanktionen gegen verstorbenen Schirinowski auf**

Der verstorbene Politiker Wladimir Schirinowski wird fünf Monate nach seinem Tod von der EU-Sanktionsliste gestrichen. Gegen weitere Betroffene werden die Sanktionen um ein halbes Jahr verlängert. Die Strafmaßnahmen richten sich gegen mehr als 1.200 Personen.

Die EU hat beschlossen, ihre Sanktionen gegen russische Staatsangehörige um ein halbes Jahr zu verlängern. Allerdings werde der verstorbene russische Politiker Wladimir Schirinowski, der am 6. April starb, von der Liste gestrichen. Die Entscheidung wurde am Mittwoch vom Europäischen Rat im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Darin heißt es, dass die Beschränkungen gegen russische Bürger, denen vorgeworfen wird, "die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu untergraben oder zu bedrohen", bis zum 15. März 2023 verlängert würden.

Neben Schirinowski, dem Gründer und Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR), entfernte die EU auch Olga Ajsiman, die Ex-Frau des russischen Oligarchen Michail Fridman, sowie Saodat Narsijewa, die Schwester des Milliardärs Alischer Usmanow, von der Sanktionsliste.

Mehr als 1.200 natürliche und 108 juristische Personen unterliegen derzeit EU-Sanktionen. Die Liste wurde nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im Jahr 2014 erstellt. Nachdem Moskau im Februar dieses Jahres eine Militäroffensive in der Ukraine gestartet hatte, wurde die Zahl der Sanktionierten erheblich erhöht. Auf der Liste finden sich Mitglieder der russischen Regierung, hochrangige Politiker, Abgeordnete, Geschäftsleute, Journalisten und weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Allen sanktionierten Personen ist die Einreise in die EU untersagt, ihre Vermögenswerte dort wurden eingefroren.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sagte am Mittwoch, Russland könne auf absehbare Zeit nicht mit einer Aufhebung der EU-Sanktionen rechnen. "Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass die Sanktionen von Dauer sein werden", sagte die sie bei einer Rede zur Lage der Europäischen Union in Straßburg.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63244c6248fbef565611e42f.jpg>
Grab von Wladimir Schirinowski auf dem Nowodewitschi-Friedhof in Moskau

14:04 de.rt.com: **Borrell: Einige Leute in Europa sind gegen Militärhilfe für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland**

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell hat erklärt, dass viele Menschen in der EU die Sanktionen gegen Russland und die Militärhilfe für die Ukraine nicht unterstützen. Er sagte in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit der spanischen Zeitung La Vanguardia:

"Jetzt ist es an der Zeit, die Folgen zu ertragen, die der Krieg für uns hat und haben wird, wie man an den Energie- und Lebensmittelpreisen sehen kann."

"Was jetzt in der Ukraine geschieht, gibt uns recht und rechtfertigt die Strategie, die wir verfolgen: Militärische Unterstützung, damit sie sich selbst verteidigen kann, Sanktionen gegen die russische Wirtschaft, um sie zu schwächen, und Diplomatie, um Russland zu isolieren. Das Dritte stört niemanden, aber es gibt eine Menge Leute, die gegen die beiden anderen Schritte sind."

"Und diese Menschen in Europa, in Spanien, in meinem sozioökonomischen Umfeld, haben uns gesagt, dass das, was wir tun, nutzlos ist, dass wir den Krieg künstlich verlängern."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632427feb480cc2f824cc2e7.jpg>

14:31 de.rt.com: **Samarkand: Iran unterzeichnet Absichtserklärung für Beitritt zur Schanghaier Organisation**

Bei dem Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) wird am Freitag Iran als neues Vollmitglied aufgenommen. Die SOZ wird als Gegengewicht zu den vom Westen dominierten Organisationen wie NATO und G7 eingestuft.

Iran hat am Donnerstag eine Verpflichtungserklärung unterzeichnet – damit ist das Land in

eine neue Phase der Integration in die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) eingetreten.

"Heute Abend habe ich in der historischen Stadt Samarkand die Absichtserklärung über die ständige Mitgliedschaft Irans in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär [der Organisation] unterzeichnet", schrieb der iranische Außenminister Amir-Abdollahian in einem Tweet.

"Nun sind wir in eine neue Phase der vielfältigen wirtschaftlichen, kommerziellen, Transit-, und Energie-Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten der Organisation eingetreten", fügte der Außenminister hinzu.

Die Erklärung erfolgte, als die Staats- und Regierungschefs Chinas, Indiens, Kasachstans, Kirgisistans, Pakistans, Russlands, Tadschikistans und Usbekistans zu einem Gipfeltreffen der SOZ in die usbekische Stadt Samarkand gereist waren. Die Organisation, der gegenwärtig acht Länder als Mitglieder angehören, ist eine von Peking und Moskau als Gegengewicht zum Einfluss der USA initiierte Staatengruppe.

Im vergangenen Jahr genehmigte die Organisation den Antrag Irans über Beitritt zur SOZ, während die Regierung in Teheran die Mitglieder aufforderte, ihr bei der Schaffung eines Mechanismus zur Abwendung der vom Westen wegen des umstrittenen Atomprogramms verhängten Sanktionen zu helfen.

An dem derzeit im usbekischen Samarkand tagenden SOZ-Gipfel nimmt der iranische Präsident Ebrahim Raisi teil. Er sprach dort am Donnerstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, der bei dem Treffen mit Raisi der iranischen Regierung eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zusicherte. Raisi bekräftigte seinerseits, dass Teheran westliche Sanktionen gegen Moskau nicht mittragen werde.

Das Treffen der SOZ findet zu einer Zeit statt, als der Westen seit Monaten Russland wegen einer militärischen Sonderoperation in der Ukraine mit historisch beispiellosen Sanktionen überzogen hat. Auch die Beziehungen des SOZ-Mitglieds China zum Westen sind bereits länger durch Streitigkeiten über Technologie, Sicherheit und zunehmend auch durch eine angeblich offene Taiwan-Frage belastet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324256448fbef565611e415.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin trifft sich mit seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi am Rande des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Samarkand am 15. September 2022.

14:39 de.rt.com: Ukrainische Streitkräfte beschießen Stadtzentrum von Cherson mit HIMARS-Raketen

Am Freitag haben ukrainischen Streitkräfte innerhalb einer Stunde das Zentrum von Cherson mit fünf amerikanischen HIMARS-Raketen beschossen. Zu den Zielen zählte auch das Verwaltungsgebäude, in dem eine Sitzung der Verwaltungs- und Bezirksleiter stattfand. Nach Angaben der örtlichen Behörden wurden mindestens eine Person getötet und 13 Menschen verletzt, berichtet [RIA Nowosti](#).

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257954&hash=5ae59f11ec7c5fdc" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>
https://vk.com/video-134310637_456257954

14:46 de.rt.com: **Strompreis bald verzehnfacht: Düstere Ankündigungen aus Frankreich und Deutschland**

Die Energiepreise schießen seit Monaten in die Höhe. Viele Gaskunden in Deutschland haben bereits angepasste Vorauszahlungen erhalten. Nun werden Prognosen laut, wonach auch die Strompreise in Europa zu Beginn des kommenden Jahres Rekordhöhen erreichen könnten. In Frankreich und Deutschland werden düstere Vorhersagen über Energiepreise laut. So warnte die französische Premierministerin Élisabeth Borne am Mittwoch, dass die Preise Anfang 2023 in die Höhe schnellen würden und die Stromkosten auf dem europäischen Markt zehnmal höher sein könnten als im vergangenen Jahr. Auf einer Pressekonferenz sagte Borne: "Die Energiepreise steigen. Beim Gas hat der Markt den Preis für 2023 auf das Fünffache des Preises von 2021 festgelegt."

Zuvor hatten bereits französische Medien berichtet, dass die Großhandelspreise für Strom in Frankreich im nächsten Jahr Rekordhöhen erreichen und mit über 1.000 Euro pro Megawattstunde zehnmal so hoch sein würden wie vor einem Jahr.

Am Freitag kam die Nachricht, dass Deutschlands Stadtwerke nach Angaben des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) im kommenden Jahr mit steigenden Stromkosten von bis zu 60 Prozent rechneten. Schon jetzt müssten beim Gas Endkunden der Stadtwerke häufig zwischen 30 und 60 Prozent mehr zahlen als vor dem Beginn des Ukraine-Krieges. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung erklärte der Sprecher des Verbands nun, dass aber auch beim Strom weitere Steigerungen zu erwarten seien. Bisher seien diese um etwa zehn Prozent gestiegen, etwa weil die EEG-Umlage weggefallen sei. Doch für das Jahr 2023 werde tendenziell eine Zunahme um die 60 Prozent erwartet.

Paris versucht wohl dagegen anzukämpfen. Am Mittwoch wurde bekannt, dass sich die französische Regierung verpflichtet hat, den Anstieg der Gas- und Strompreise bis 2023 auf 15 Prozent zu begrenzen, was den französischen Haushalt voraussichtlich 16 Milliarden Euro kosten wird.

Die Regierungen in ganz Europa haben bereits Hunderte von Milliarden Euro in Steuersenkungen, Subventionen und Vergünstigungen gesteckt, um die Energiekrise zu bekämpfen. Denn diese treibt die Inflation in die Höhe, zwingt Unternehmen zu [Produktionsstopps](#) und führt zu enorm hohen Stromrechnungen vor dem Winter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63245454b480cc15c2281a40.jpg>

Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: **Heute haben ukrainische**

Neonazis praktisch gleichzeitig blutige hinterhältige Verbrechen in Lugansk, Cherson und Berdjansk begangen.

Ein äußerst zynischer Terrorakt ereignete sich in der brüderlichen Lugansker Volksrepublik. In der Folge starben der Generalstaatsanwalt der LVR Sergej Gorenko und seine Stellvertreterin Jekaterina Steglenko. Eine nicht weniger schreckliche Tragödie ereignete sich in Cherson: nach vorläufigen Informationen starb ein Mensch in der Folge eines Schlags auf das Stadtzentrum, weitere vier, darunter zwei Kinder, wurden verletzt. Außerdem wurden in Berdjansk buchstäblich neben seinem Haus der stellvertretende Bürgermeister Oleg Bojko und seine Frau Ljudmila hinterhältig ermordet.

Ich füge hinzu, dass die Beschüsse von Städten der Donezker Volksrepublik weitergehen. Allein in den letzten 24 Stunden wurden von Seiten der Ukraine hunderte von Geschossen abgefeuert, drei Einwohner starben, 12 wurden verletzt. Und die Beschüsse enden nicht, die Kanonade von den Positionen Kiews ist in jedem Teil von Donezk zu hören.

Ich spreche den Verwandten und Freunden der Toten mein tiefes Mitgefühl aus. Ich wünsche den Verletzten schnellstmögliche Genesung.

All diese Fälle von Kriegsverbrechen sind weitere Beweis dafür, dass Kiew an möglichst großen Terror und Blutvergießen interessiert ist, an soviel wie möglich weiteren schrecklichen Tragödien, an Morden an friedlichen Bürgern. Außerdem will man in der Ukraine, dass wir die Fassung verlieren, eingeschüchtert werden, abziehen. Aber das wird niemals geschehen – diese Unmenschen müssen schon lange begreifen, dass sie für jedes ihrer Verbrechen auf jeden Fall eine Strafe erhalten. Das hinterhältige Kiewer Regime und seine terroristischen Komplizen erwartet ein trauriges Finale.

15:17 de.rt.com: Putin: Russland ist bereit, kostenlos Düngemittel an Entwicklungsländer zu liefern

Moskau ist bereit, Entwicklungsländern kostenlos Düngemittel zu liefern. Das verkündete der russische Präsident Wladimir Putin auf einem Treffen der Staatschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Er erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Vorgestern habe ich Herrn Guterres auch darüber informiert, dass sich 300.000 Tonnen russischen Düngers in den Seehäfen der Europäischen Union angesammelt haben. Wir sind bereit, sie kostenlos an Entwicklungsländer weiterzugeben."

Am 22. Juli wurden in Istanbul multilaterale Vereinbarungen über die Aufhebung der Beschränkungen für die Ausfuhr russischer Produkte und die Unterstützung Russlands bei der Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine unterzeichnet. Das Abkommen, das Vertreter Russlands, der Türkei, der Ukraine und der UNO unterzeichnet haben, sieht die Ausfuhr von Getreide, Lebensmitteln und Düngemitteln aus der Ukraine über das Schwarze Meer aus drei Häfen, darunter Odessa, vor.

Gleichzeitig hat Moskau wiederholt darauf hingewiesen, dass seine ausländischen Partner die Vereinbarung nicht einhalten. Die meisten ukrainischen Schiffe gingen nicht in Entwicklungsländer, sondern nach Europa, so der Kreml.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/09/10/1817202118_0:137:3223:1950_1280x0_80_0_0_12cc69e0cb1f71f37ae1796feaf945b7.jpg

Der russische Präsident Wladimir Putin vor dem Beginn eines Treffens im engen Format der Staatsoberhäupter der an der Shanghai Cooperation Organization (SCO) beteiligten Länder in Samarkand

15:32 de.rt.com: **Zu wenig Waffen an Ukraine geliefert: USA verlieren Geduld mit Deutschland**

Laut einem Bericht der "Welt" verlangen die USA, dass Europas wohlhabendster Staat der Ukraine mehr militärische Hilfe zukommen lässt. Berlin hingegen zögert noch, Kampfpanzer in die Ukraine zu schicken, was ihr auch eine Schelte aus Kiew einbrachte.

Berlin scheint mit seinem Verbündeten auf der anderen Seite des Atlantiks zunehmend aus dem Tritt zu geraten, wenn es um die Bewaffnung der Ukraine geht. Dies berichtete Die Welt am Donnerstag und fügte hinzu, dass die Angelegenheit inzwischen die Beziehungen zwischen den NATO-Verbündeten beeinträchtigt. Angeblich sollen die USA von Deutschland ein entschlosseneres Vorgehen bei der Militärhilfe für Kiew fordern, hieß es weiter.

Am vergangenen Sonntag sagte die US-Botschafterin in Berlin Amy Gutmann dem ZDF, sie erwarte, dass Deutschland "eine größere Führungsrolle" übernehme. Sie erkannte zwar Berlins bisherige Militärhilfe für Kiew an, betonte aber, ihre Erwartungen seien "höher". "Bisher hat Deutschland getan, worum wir es gebeten haben", sagte demgegenüber ein US-Beamter der Welt, fügte aber hinzu, dass Berlin die Hilfe "rascher" vorantreiben könnte. Weiter berichtete die Zeitung, Washington habe "Zweifel" an der grundsätzlichen Loyalität Deutschlands gegenüber Kiew, und man stelle sich die Frage, ob Berlin wolle, dass die Ukraine "gewinnt" oder nur "nicht verliert".

Am Dienstag behauptete die Bild, die USA hätten eine diplomatische Note nach Berlin geschickt, in der Außenminister Antony Blinken angeblich bekräftigte, dass Washington eine Entscheidung Deutschlands, Kampfpanzer in die Ukraine zu schicken, "begrüßen" würde, ohne direkt danach gefragt zu haben. Eine Sprecherin der US-Botschaft in Berlin bestritt jedoch diese Behauptung und sagte der Bild, dass ein solcher diplomatischer Vorstoß nicht erfolgt sei.

"Es trifft nicht zu, dass wir Deutschland aufgefordert haben, Panzer in die Ukraine zu liefern", beteuerte ein US-Beamter am Donnerstag gegenüber der Welt, unterstrich aber, dass die USA es lieber sähen, wenn Deutschland eine größere Führungsrolle übernehme, was derzeit bedeute, "der Ukraine zu helfen".

In der vergangenen Woche hatte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht vor Journalisten klargestellt, dass Deutschland nicht das erste Land sein will, das im Westen hergestellte Panzer in die Ukraine schickt, solange keine andere Nation dies bisher getan habe.

Dies löste eine Schelte des ukrainischen Außenministers Dmitri Kuleba in Richtung

Deutschland aus, weil seiner Ansicht nach, Berlin kein "einziges rationales Argument" dafür vorgebracht habe, warum es die Ukraine nicht mit Kampfpanzern beliefern könne und beschuldigte die Bundesregierung, sie habe "nur abstrakte Befürchtungen und Ausreden" anzubieten.

Die Berichte über die Unzufriedenheit in Washington mit der Haltung Deutschlands erscheinen zu einem Zeitpunkt, zu dem Lambrecht ein neues Waffenpaket für Kiew ankündigt hatte. Die neue Charge wird zwei Mehrfachraketenwerfer vom Typ MARS II mit 200 Raketen sowie 50 gepanzerte Allschutz-Transportfahrzeuge vom Typ Dingo umfassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63246fdbb480cc204e71c517.jpg>
US-Präsident Joe Biden (Washington D.C., 13. September 2022)

15:42 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz: Zahl der Kiewer Artillerieangriffe auf die Republik hat sich innerhalb einer Woche verzehnfacht**

Die Zahl der Artillerieangriffe auf das Gebiet der Volksrepublik Lugansk (LVR) durch ukrainische Truppen hat sich im Laufe der Woche fast verzehnfacht. Das teilte Oberstleutnant Andrei Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der LVR, gegenüber [RIA Nowosti](https://ria.ru/) mit. Er erklärte:

"Für die unvollständige laufende Woche können wir mit Stand vom 16. September um 13:00 Uhr (Moskauer Zeit) eine fast zehnfache Zunahme des Beschusses im Vergleich zur Vorwoche feststellen. Wir möchten darauf hinweisen, dass 90 Prozent des Beschusses aus HIMARS-Mehrfachraketenwerfern aus US-amerikanischer Produktion erfolgte."



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/07/1d/1805909488_0:30:1113:656_1280x0_80_0_0_c3a1832f121644dd72d03702c5eea047.jpg

Bruchstücke von HIMARS-Munition

16:08 de.rt.com: **Wer zündelt da? Kirgisch-tadschikischer Grenzkonflikt wieder aufgeflammt: 2 Tote, 42 Verletzte**

Am frühen Freitagmorgen ist es an der kirgisch-tadschikischen Grenze in Zentralasien zu

Kampfhandlungen gekommen. Beide Seiten melden Tote und Verwundete. Nach offiziell unbestätigten Informationen lösten "unbekannte Scharfschützen" die Kampfhandlungen aus. An der Grenze zwischen den zentralasiatischen Republiken Kirgisistan und Tadschikistan ist es am frühen Freitagmorgen zu heftigen Kämpfen gekommen. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig des Beschusses, nach offiziell noch unbestätigten Informationen hingegen soll eine Gruppe von Scharfschützen unbekannter Zugehörigkeit, die auf beide Seiten schoss, den Konflikt ausgelöst haben.

Kirgisistan meldet zur Stunde 2 Tote und 42 Verletzte, Tadschikistan einen toten Soldaten und drei Verwundete. Die 15-jährige Elzada Mannanova aus dem kirgisischen Dorf Dostuk starb nach Angaben von Sputnik Kirgisistan an ihren Schrapnellwunden.

An der Grenze zwischen den beiden Staaten kommt es regelmäßig zu Konflikten, weil die Parteien die Abgrenzung und Demarkation einiger Abschnitte nicht abgeschlossen haben. Moskau forderte Bischkek und Duschanbe inzwischen auf, die Situation mit politischen und diplomatischen Mitteln zu lösen und sich nicht durch Provokationen Dritter reizen zu lassen. Die Staatsoberhäupter beider Länder nehmen heute an der Konferenz der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) im usbekischen Samarkand teil. RIA Nowosti berichtet aus Samarkand, dass der kasachische Präsident Sadyr Dschaparow und der tadschikische Staatschef Emomalij Rahmon sich am Nachmittag zu einer Unterredung getroffen und die Einstellung der Feindseligkeiten vereinbart haben.

Der Pressesprecher des kirgisischen Staatsoberhauptes ließ nach dem Treffen nach Meldung der Nachrichtenagentur verlautbaren:

"Beide Seiten haben die Lage am kirgisisch-tadschikischen Abschnitt der Staatsgrenze erörtert. Die beiden Staatsoberhäupter kamen überein, die zuständigen Strukturen anzuweisen, das Feuer einzustellen und Kräfte und militärisches Gerät von der Kontaktlinie abzuziehen." Dschaparow und Rahmon hätten, so der Sprecher weiter, vereinbart, dass der Vorsitzende des kirgisischen Staatssicherheitskomitees, Kamtschybek Taschijew, und sein tadschikischer Amtskollege, Saimumin Jatimow, vor Ort arbeiten würden, und dass eine Kommission eingesetzt wird, die die Umstände und Ursachen des Vorfalls untersuchen soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324778a48fbef565611e499.jpg>
Kirgisisch-tadschikisches Grenzgebiet am 16.09.2022

16:15 de.rt.com: **Russische Truppen zerstören Hauptquartier des ukrainischen Sondereinsatzzentrums der Südfront bei Otschakow**

Die russische Armee hat nach Angaben des Verteidigungsministeriums das Hauptquartier und die Ausbildungsbasis eines ukrainischen Sondereinsatzzentrums der Südfront bei Otschakow im Gebiet Nikolajew zerstört. Das berichtet [RIA Nowosti](#).

Ebenfalls nahe Nikolajew griff die russische Luftwaffe einen Sammelpunkt der 28. Motorisierten Infanteriebrigade der ukrainischen Armee an.

Im Laufe des Tages beliefen sich die Verluste der ukrainischen Truppen auf mehr als 400

Soldaten und mehr als 20 Einheiten von Fahrzeugen und gepanzerten Fahrzeugen. Außerdem seien über 3.000 Schuss Raketen- und Kanonenartillerie verschiedener Kaliber vernichtet worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632457c948fbef566e478058.jpg>

16:25 de.rt.com: **USA keine Kriegspartei in Ukraine? – Russischer Botschafter: "Absolut lächerlich und haltlos"**

Das Pentagon unterstützt Kiew militärisch und prahlt neuerdings sogar öffentlich damit. Dies ist für den russischen Gesandten in Washington zwar Anlass zu tiefer Besorgnis, werde aber auf dem Schlachtfeld zu keinen wesentlichen Veränderungen führen.

Es sei ein Anlass zu tiefer Besorgnis, dass die US-Regierung offen damit prahle, dass die jüngsten Erfolge der Ukraine auf dem Schlachtfeld, unter direkter Beteiligung des Pentagons erzielt worden seien, sagte Anatoli Antonow, der russische Botschafter in Washington, am Mittwoch in einem Interview.

"Vor diesem Hintergrund klingen die Beteuerungen aus Washington, die USA seien nicht Partei in diesem Konflikt, absolut lächerlich und haltlos", argumentierte der Botschafter gegenüber RIA Nowosti. "Die Fakten und die Aussagen ehemaliger und aktueller Politiker und Generale besagen etwas ganz anderes."

Der Botschafter zeigte sich zudem darüber empört, dass in Videoaufnahmen vom Schlachtfeld, die derzeit auf westlichen Kanälen gezeigt werden, deutlich zu hören ist, dass die Soldaten und Offiziere fließend Englisch sprechen, viele mit ausgeprägtem britischem oder US-Akzent. "Und die kämpfen gegen uns", fügte er hinzu. Die USA hätten alles getan, um die Ukraine in eine Müllhalde für ihre veralteten Waffen, aber gleichzeitig auch in ein Testgelände für neuartige NATO-Ausrüstung zu verwandeln, gab Antonow zu bedenken und wies auf den unstillbaren Profithunger des militärisch-industriellen Komplexes der USA hin. Nach Angaben des Pentagon haben die USA der Ukraine seit 2014 Militärhilfe im Wert von mehr als 17,2 Milliarden US-Dollar geleistet und seit Februar weitere 14,5 Milliarden US-Dollar nachgelegt. Kiews Schirmherren seien "macht- und geldgierig" und nicht an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert, resümierte Antonow. Zudem gab er zu bedenken, dass im Westen wenig bis gar nicht über Verhandlungen gesprochen werde, nur über die Lieferung weiterer Waffen an die Ukraine.

Das Hauptziel des Westens sei es, Russland mit allen Mitteln zu besiegen und es anschließend daran zu hindern, eine Schlüsselrolle auf der internationalen Bühne einzunehmen. "Und wenn sie die Möglichkeit dazu bekommen, dann zerschlagen sie unser Land in Einzelteile", warnte der Botschafter. "Sie werden nicht aufhören, die Ukraine in weitere selbstmörderische Abenteuer zu treiben, wie in die kürzlichen 'Offensiven', die von Anfang an zum Scheitern

verurteilt waren."

Die Ukraine verkündete kürzlich, dass ihr jüngster Vorstoß in der Region Charkow ein "Wendepunkt" im Krieg gegen Russland sei. Am Montag berichtete die New York Times, dass die USA und Großbritannien an der Planung der Gegenoffensive von vergangener Woche beteiligt waren, einschließlich des Eingeständnisses des politischen Chefs des Pentagon, Colin Kahl, dass das US-Militär im Vorfeld einige taktische Modellierungen und Simulationen durchspielte und die Erkenntnisse daraus anschließend mit Kiew teilte.

"Die aktuelle Situation, in der Washington Kiew gegen uns aufhetzt, ist eine unbestreitbare, offensichtliche Tatsache", betonte Antonow. "Wenn die Amerikaner den wahnsinnigen Forderungen der Ukraine nach Langstreckenraketen nachkämen, dann würde ein solches Szenario eine direkte Beteiligung der USA an einer militärischen Konfrontation mit Russland bedeuten."

Trotzdem würde dies nicht zu wesentlichen Veränderungen an der Front führen, gab sich Antonow überzeugt. "Nur naive, kurzsichtige Politiker, die keine Kenntnis von Geschichte haben, können an einen Sieg über Russland auf dem Schlachtfeld glauben."

Russlands Mission sei es, "die Grundlagen einer multipolaren Weltordnung zu schaffen" und die "regelbasierte Weltordnung" der USA und des Westens "in den Mülleimer der Geschichte zu treten". Moskaus Diplomaten hätten keine Zweifel daran, dass Russland am Ende erfolgreich sein wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63233d2e48fbef558d1b8e3e.jpg>
Anatoli Antonow (l.) mit Sergei Lawrow in New York, 10. Dezember 2019

16:47 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen die Uferseite von Energodar mit Artillerie**

Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben am Freitag das Stauseeufer der Stadt Energodar in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerks Saporoschje mit Artillerie beschossen. Das [teilte](#) die Militär- und Zivilverwaltung der Stadt laut TASS mit.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 16. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 57 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt.

An einem Kommunikationsobjekt in Wolnowacha wurde Ausrüstung für LTE montiert und in Betrieb genommen, außerdem wurden Stromleitungen an einem Kommunikationsobjekt in Oktjabrskoje montiert.

Mehr als 6400 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 24 Hektar Territorium untersucht und 337 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in befreiten Ortschaften durchgeführt. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge der Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:18 de.rt.com: **Lambrecht verkündet weitere Waffenlieferungen an die Ukraine**

Nach der angeblich erfolgreichen Offensive ukrainischer Truppen weitet Deutschland seine Waffenhilfe für das Land aus. Das erklärte die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am Donnerstag in Berlin.

Doch die neuen Waffenlieferungen lassen nicht die Stimmen derer verstummern, die von Berlin fordern, auch Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Bisher hat der Westen vermutlich aus Angst vor einer Eskalation davon abgesehen, die ukrainischen Streitkräfte mit modernen Kampfpanzern auszustatten.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257947&hash=a56f6e3616a334d7" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-134310637_456257947

17:51 de.rt.com: **Puschilin zu Angriffen in Lugansk, Cherson und Berdjansk: "Blutige und abscheuliche Verbrechen"**

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, hat die heutigen feindlichen Handlungen des ukrainischen Militärs in Lugansk, Cherson und Berdjansk als "blutige und abscheuliche Verbrechen" bezeichnet. Dies [schrieb](#) er am Freitag auf seinem Telegram-Kanal. In diesem Zusammenhang erwähnte er den jüngsten Terroranschlag in der Volksrepublik Lugansk, bei dem der Generalstaatsanwalt Sergei Gorenko und seine Stellvertreterin Jekaterina Steglenko getötet wurden; den Angriff auf das Stadtzentrum von Cherson, wobei eine Person ums Leben kam und vier weitere verletzt wurden; und die Ermordung des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Berdjansk, Oleg Boiko und seine Ehefrau Ljudmila. Den Familienangehörigen der Opfer sprach er sein tiefes Beileid aus. Puschilin resümierte:

"All diese Kriegsverbrechen sind ein weiterer Beweis dafür, dass Kiew an so viel Terror und Blutvergießen wie möglich, an so vielen ungeheuerlichen Tragödien und an der Ermordung von Zivilisten interessiert ist. Außerdem will die Ukraine, dass wir verwirrt und verängstigt sind und uns zurückziehen. Aber das wird nie geschehen."

Er hob hervor, dass die ukrainische Armee weiterhin die Städte der Volksrepublik Donezk beschieße. Allein in den vergangenen 24 Stunden seien Hunderte von ukrainischen Raketen abgefeuert worden, wobei drei Einwohner getötet und zwölf weitere verletzt worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632492eab480cc62b50c32a8.jpg>

Das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin

17:57 de.rt.com: **Statt "Nord Stream 2": Russisches Gas wird nach Asien umgeleitet**

Die Gaspipeline "Kraft Sibiriens" könnte die gescheiterte "Nord Stream 2" ersetzen. So sieht es die russische Regierung. Dabei wird russisches Gas nach Asien umgeleitet.

Die Gaspipeline "Kraft Sibiriens 2" könnte tatsächlich ein Ersatz für die russische Gaspipeline "Nord Stream 2" werden, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Russlands, Aleksander Nowak, am 15. September in einem Interview für den Fernsehsender Rossiya-1. Auf die Frage des Journalisten, ob "Kraft Sibiriens 2" als ein Ersatz für "Nord Stream 2" taugen könnte, antwortete er:

"Nun, eigentlich ja."

Er fügte hinzu, dass die "Kraft Sibiriens 2" für eine Kapazität von 50 Milliarden Kubikmetern Gas im Gespräch sei. Nowak stellte auch klar, dass der chinesische Verbrauch von Flüssiggas und Pipelinegas ständig zunehme. Zuvor hatte er gegenüber Reportern erklärt, dass Russland davon ausgeht, in naher Zukunft endgültige Vereinbarungen mit China über die Gaspipeline "Kraft Sibiriens 2" zu treffen.

Wie die Nachrichtenagentur TASS bereits meldete, wird die Pipeline "Kraft Sibiriens 2" es ermöglichen, die Gastransportsysteme im Osten und Westen Russlands zu verbinden.

Gazprom wird damit in der Lage sein, über die Pipeline bis zu 50 Milliarden Kubikmeter Gas über die Mongolei nach China zu liefern und dabei eine Reihe russischer Regionen mit Gas zu versorgen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63247cc0b480cc204e71c534.jpg>

abends:

18:26 de.rt.com: **Gesundheitsministerium des Gebietes Cherson: Ukrainische Armee beschießt medizinische Fachschule**

Die Streitkräfte der Ukraine haben am Freitag einen Raketenangriff auf eine medizinische Hochschule in der Stadt Berislaw, Gebiet Cherson durchgeführt. Davon wurde auf dem Telegram-Kanal des Gesundheitsministeriums des Gebietes berichtet. In der [Mitteilung](#), der auch Fotos beigefügt wurden, [hieß](#) es:

"Die ukrainischen Streitkräfte haben erneut Raketen auf die Stadt Berislaw im Gebiet Cherson abgefeuert. Auch die Medizinische Fachschule von Berislaw, die dem Gesundheitsministerium des Gebietes Cherson untersteht, geriet unter Beschuss. In der medizinischen Bildungseinrichtung ist kein militärisches Personal oder Material stationiert."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 16.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **mehr als 170 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **3 Zivilisten verletzt**. 6 Gebäude und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepetok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:46 de.rt.com: **Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation: Putin wirft Westen wirtschaftlichen Egoismus vor**

In seiner Rede beim SOZ-Gipfel warf Putin dem Westen "wirtschaftlichen Egoismus" und Systemversagen vor. Die SOZ-Mitgliedstaaten erklärten, dass die Organisation nicht gegen andere Staaten und internationale Organisationen gerichtet sei.

Auf dem SOZ-Gipfeltreffen stellte der russische Präsident Wladimir Putin den Westen wegen dessen "wirtschaftlichem Egoismus" und "illegaler Sanktionen" zur Rede und wies gleichzeitig auf die systematischen Fehler der führenden globalen Volkswirtschaften hin.

Putin bezeichnete die Entscheidung der Europäischen Kommission, die Sanktionen gegen russische Düngemittel aufzuheben, als ein anschauliches Beispiel für eine solche Politik. "Wir begrüßen natürlich die Entscheidung, diese Sanktionen aufzuheben, auch wenn sich herausgestellt hat, dass diese Sanktionen, wie von der Europäischen Kommission am 10. September dieses Jahres erklärt, nur für die EU-Mitgliedstaaten aufgehoben wurden (und nicht für arme Länder)." Putin forderte in seiner Rede von der UNO, dass "diese diskriminierenden Beschränkungen für Entwicklungsländer aufgehoben werden". Er fügte hinzu, dass er das Thema auch mit UN-Chef António Guterres besprochen habe. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan kritisierte kürzlich die Umsetzung des Getreideabkommens mit der Ukraine und Russland. Das Getreide aus der Ukraine werde allein in reiche Länder ausgeführt. Damit bekräftigte Erdoğan Putins Kritik Anfang September an der Getreide-Abzocke, die westliche Staaten auf der Grundlage dieser Vereinbarung betreiben würden.

Die Staaten der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verfolgen in Politik und Wirtschaft einen Ansatz, der frei von Egoismus sei, sagte Putin auf dem SOZ-Gipfel. Die Zusammenarbeit in der Organisation basiere auf den Grundsätzen der Einhaltung des Völkerrechts, der Achtung der Souveränität, der nationalen Werte und der gegenseitigen Interessen, erklärte er weiter.

"Unsere Integration ist blockfrei, und wir bieten Hilfe bei der Lösung von Energie- und Nahrungsmittelp Problemen an, die in der Welt durch eine Reihe von Systemfehlern in den führenden globalen Volkswirtschaften im Finanz- und Energiebereich entstanden sind", sagte Putin auf einem erweiterten Treffen des SOZ-Gipfels.

Putin legte Wert darauf, den Schwellenländern Zugang zu russischen Düngemitteln zu verschaffen, und kündigte seine Bereitschaft an, 300.000 Tonnen russische Düngemittel kostenlos an Entwicklungsländer abzugeben. "Vor zwei Tagen habe ich UN-Chef Guterres darüber informiert, dass sich in den EU-Häfen 300.000 Tonnen russischer Dünger angehäuft haben. Wir sind bereit, sie kostenlos an Entwicklungsländer zu liefern", erklärte er.

Der Westen blickt mit Argwohn auf das Treffen, an dem Russland, China, einige zentralasiatische Staaten, Pakistan und Indien beteiligt sind. Neben der Türkei werden Saudi-Arabien, Katar und Ägypten in Samarkand als neue Dialogpartner vertreten sein.

Die Länder der SOZ müssen zusammenarbeiten, um Einmischungen von außen entgegenzuwirken, sagte SOZ-Generalsekretär Zhang Ming am Freitag auf dem Gipfel der Organisation. "Es ist wichtig, die Interaktion zu stärken, einander zu vertrauen und sich entschlossen gegen Einmischung von außen zu wehren", so der SOZ-Generalsekretär.

Die Staats- und Regierungschefs der SOZ haben die Offenheit der Organisation für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten bekräftigt. Dies geht aus der Erklärung von Samarkand hervor, die die SOZ-Staats- und Regierungschefs am Freitag nach dem Gipfel in Usbekistan verabschiedet haben. Darin heißt es:

"Die SOZ-Mitgliedstaaten bestätigen, dass die SOZ nicht gegen andere Staaten und internationale Organisationen gerichtet ist und offen ist für eine umfassende Zusammenarbeit mit ihnen im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta, der SOZ-Charta und des Völkerrechts auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Ansätze zur Lösung regionaler und globaler Probleme."

Die Mitglieder der Organisation betrachten in der Erklärung Zentralasien als den Kern der SOZ und unterstützen die Bemühungen der Länder in der Region, Wohlstand und Frieden, nachhaltige Entwicklung und die Schaffung eines Raums der guten Nachbarschaft, des Vertrauens und der Freundschaft zu gewährleisten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6324619448fbef5b5c2769af.jpg>

*Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Schanghaier Organisation für
Zusammenarbeit (SOZ) am 16. September 2022 in Samarkand*